

das sind 4 Mill. Tonnen weniger als 1930. Endlich liegen die Kosteinnahmen der großen Eisenbahngesellschaften um 9,54% unter denen des vorhergehenden Rechnungsjahres. Die Indexziffer für Rohstoffe stellte sich im Dezember 1930 auf 475 und Ende des Jahres 1931 auf 370, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind im gleichen Zeitraum von 525 auf 463 gefallen. Der Generalindex für Großhandelspreise stellte sich im Dezember 1931 auf 413, im Jahre zuvor auf 498. Der Index der Kleinhandelspreise ist von 649 Ende 1930 auf 557 im Dezember 1931 zurückgegangen. Außerdem bietet sich gegenwärtig das paradoxe Schauspiel, daß die Zinsen für Leihkapital steigen, obwohl der größte Überfluß an flüssigem Kapital vorhanden ist und von den Kapitalisten viele Milliarden Bargeld thesauriert werden. Der durchschnittliche Nettozinsfuß der im Dezember emittierten Industrieobligationen ist auf 5,45% gestiegen, während er noch im letzten Sommer 4,6% betrug. Der Crédit National, der die kleinen und mittleren Industriebetriebe mit langfristigen Kredit versorgt, hat eben beschlossen, den Leihzins für diese Kredite von 6% auf 6% zu erhöhen. Noch weit schwerer wiegt, daß die eben herauskommende Anleihe der Postverwaltung in Höhe von 2800 Millionen Franken mit 4% verzinst werden muß, während nicht nur die Staatsanleihen in den letzten zwei Jahren, sondern sogar noch im Herbst die 3-Milliarden-Anleihe des Crédit Foncier zu 4%, ja sogar — für den C. F. — zu 3% herausgebracht werden konnten. Der Grund liegt, wie wir einer Meldung der Industrie- und Handelszeitung aus Paris entnehmen, in dem Unterlassen der Konversion der 5- und 6prozentigen Staatsanleihen, zu der der parlamentarische Widerstand im Hinblick auf das Rentnerinteresse gezwungen hat. Diese Konversionen, die in den letzten zwei Jahren leicht durchzuführen gewesen wären, sind heute ad calendae graecas vertagt. Der Staat kommt dadurch nicht nur um eine mögliche Ersparnis von 2 Milliarden Franken jährlich, die er heute dringend brauchte, sondern muß auch seine neuen Anleihen teurer bezahlen. Aus dem gleichen Grund sind alle festverzinslichen Werte im Kurse gesunken und verteuern sich die Kapitalzinsen. Die ganze Wirtschaft leidet darunter. Es rächt sich dabei auch, daß die Kammer mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen unterlassen hat, die erforderlichen Sparmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Infolge des sich so anbahnenden Umschwungs werden sich wohl auch manche Hoffnungen auf Frankreichs finanzielle Hilfe für die Wiederankurbelung der Weltwirtschaft nicht erfüllen können.

Die französische Waffe der Goldabzüge ist ebenfalls stumpf geworden. Die Diskontpolitik in New York sowohl wie in London geht geradezu dahin, die Goldabzüge Frankreichs zu beschleunigen. Man will sich endgültig von dem Alpdruck solcher französischer Manöver befreien. Das bringt auch aus der Weltwirtschaft im ganzen ein gefährliches, unberechenbares Störungsmoment endlich heraus. Freilich ist damit positiv noch nichts gewonnen. Die Umstellung in Amerika, die dafür nötig war — Änderung des Deckungsgesetzes —, schien zunächst inflationistisch wirken zu wollen. Vielleicht sollte sie das sogar. Ebenso wenig wie in England ist bisher jedoch die Ankurbelung der Wirtschaft von dieser Seite rein monetärer Maßnahmen gelungen. Das scheint zu beweisen, daß dieses Mittel überhaupt unfruchtbar ist, was angesichts der auch bei uns erörterten, in gleicher Richtung gehenden Pläne wohl zu beachten sein dürfte. Kreditangebote werden erst dann wirksam, wenn sie auf gesunde Unternehmungsbereitschaft stoßen. Angesichts der vorläufig noch in jeder Hinsicht ungeklärten Lage ist aber alle Unternehmungslust gelähmt. Hier muß welt- wie binnenwirtschaftlich angefacht werden. Es müssen alle Hindernisse und Hemmungen, alle konfiskatorischen Belastungen und übersteigerten Risiken beseitigt oder wenigstens gemildert werden. Erst dann werden wieder Unternehmungen gewagt werden können, und dann erst werden auch wieder Kredite angenommen und fruchtbar verwertet werden können.

Binnenwirtschaftlich war das große Ereignis des letzten Monats die Sanierung der Großbanken. Sie offenbart, welche Verluste die deutsche Kreditwirtschaft getroffen haben. Es wird nunmehr alles darauf ankommen, ob die gewählte Basis, von

der aus der Wiederaufbau beginnen soll, richtig gefunden ist und ob sie fest bleibt. Man spricht davon, daß nun auch noch eine entsprechende Sanierung der Industrie durch gleiche Bilanzbereinigung folgen solle. Am bedeutsamsten ist vielleicht, was bei der Sanierung der Banken vermieden werden konnte. Es ist nicht zu einer Sozialisierung der Kreditwirtschaft gekommen, wie sie von gewisser Seite angestrebt worden ist. Vor allem die De-Vi-Bank ist bemüht gewesen, sich ihren privatwirtschaftlichen Charakter zu erhalten. Im übrigen ist aber doch die Hilfe der Reichsbank sehr stark in Anspruch genommen worden. Die Beweglichkeit der deutschen Kreditwirtschaft im allgemeinen ist dadurch schwerlich erhöht worden. Das ist angesichts der noch völlig undurchsichtigen Frage, wie der öffentlichen Hand die in nächster Zeit dringendsten Mittel verschafft werden sollen, von doppelter Bedeutung. Sobald die Wahlen vorüber sind, wird man die Aufgabe schleunigst anpacken müssen. Am besten wäre es, das geschähe schon vorher. Von dem Wagemann-Plan ist es wieder ganz still geworden. Der Reichskanzler hat aber in seiner letzten Rede vor dem Reichstag, zweifelsohne im Einverständnis mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, betont, daß die Deflation, sobald angängig, bekämpft werden solle. Man denkt dabei angeblich an eine stärkere Ausnutzung des Warenwechsels und wohl auch an eine Ausdehnung des für Beleihungen in Frage kommenden Lagercheinwesens. Auch dafür gilt jedoch, daß diese Mittel erst wirksam werden können, wenn die Möglichkeit aussichtsreicher Unternehmungen geschaffen ist.

Im engsten Zusammenhang damit steht die Frage der Möglichkeit neuer Arbeitsbeschaffung. Es geht dabei gar nicht mehr allein um die Wiedereinstellung der arbeitslos Gewordenen in den Wirtschaftsprozess. Wichtiger wird schon die Beschaffung von Arbeitsplätzen für die heranwachsende Jugend, die noch gar nicht im Wirtschaftsprozess eingeordnet war. Deshalb wären die von den freien Gewerkschaften entwickelten, nur an die Rekonstruktion der Wirtschaft denkenden Pläne von vornherein nur halbe Lösungen, ganz abgesehen davon, daß Arbeitsbeschaffung durch Aufträge der öffentlichen Hand überhaupt nicht geeignet ist, das Problem zu bewältigen. Die Privatinitiative muß freigesetzt werden. In den Reihen der Gewerkschaften herrscht überdies keine Einigkeit. Leider liegen aber auch von anderer Seite noch keine entsprechenden Vorschläge vor. Im Reichsverband der Deutschen Industrie behandelte kürzlich Geheimrat Kasfl das Thema: »Wirtschaftsnot und Kreditnot«. Den Presseberichten zufolge führte er etwa aus:

In Deutschland komme alles darauf an, ob es durch Teil- und Hilfsmaßnahmen gelinge, einer weiteren Vermehrung der Arbeitslosigkeit und der Zusammenbrüche vorzubeugen. Der Redner glaubte, an die Regierung die Mahnung richten zu müssen, daß sie sich künftig vor Eingriffen in die private Rechtssphäre grundsätzlich freihalte. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Kräfte des Unternehmertums müsse vor allem das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage wieder zur Geltung kommen. Geheimrat Kasfl betonte erneut die Notwendigkeit freier Vereinbarung über den Arbeitslohn. Die Erfüllung dieser Forderung bedeute keinen Angriff auf das Tarifvertragssystem, sondern nur eine Auflockerung der Erstarrung, die dem Arbeitnehmer nur den Verlust der Arbeitsstätte bringe. Ebenso dringlich sei die Reform der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge. Es sei unmöglich, in der Arbeitslosenfürsorge das Versicherungsprinzip länger aufrechtzuerhalten. Aber alle diese Aufgaben hinaus müßten sofort diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden, die geeignet seien, eine Erleichterung der gegenwärtigen Situation im Sinne einer Milderung der Auswirkungen der Deflation herbeizuführen. Dabei müsse man sich allerdings ebenso hüten vor kreditpolitischen Experimenten, die zu einer Bedrohung der Währung führen könnten, wie vor der Illusion, daß durch ein künstliches Arbeitsbeschaffungsprogramm irgendwelche dauernde Erleichterung eintreten könne. Das Entscheidende sei vielmehr, daß man durch eine vernünftige Gestaltung des Unkostenfaktors der öffentlichen Hand und durch eine Beseitigung der vorhandenen Hemmungen die Initiative in der Privatwirtschaft selbst wieder anrege. Zu der Beseitigung der Hemmungen gehöre auch eine verständige Kreditpolitik, die sich zwar von währungspolitischen Experimenten frei halten müsse,

(Fortsetzung auf S. 177.)